

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Der Schrottreaktor vor unserer Haustür

Von hier sind es nur 43 Kilometer bis Biblis. Dort steht mit Block A ein atomarer Schrottreaktor vor unserer Haustür. Seit Juli 1974 in Betrieb, stand er gerade mal wieder eineinhalb Jahre still. Im nächsten Jahr soll er vom Netz - die Kernkraftbetreiber wollen ihn weiterbetreiben.

Aus Frankreich kommen zur Zeit viele Unfallmeldungen. Sicher werden demnächst unsere KKW-Fans sagen: „Aber bei uns ist alles total sicher!“ Sie lügen. Sie wollen längere Laufzeiten-Milliardengewinne locken.

RWE, Vattenfall, E.ON & Co., sowie ihre Wasserträger in der Politik wollen uns jetzt weismachen, daß ihre Pannreaktoren noch länger laufen müssen, damit wir die Klimaschutzziele erreichen und die Energiekrise überwinden können. Unterstützung hat die Atomlobby bei CDU, CSU, FDP - aber auch Politiker der SPD und der Grünen setzen sich für die Verlängerung der Laufzeiten ein.

Festhalten muß man: Die Atomenergie ist ein überaus lohnendes Geschäft. Jedes Jahr, das die alten, abgeschriebenen Reaktoren länger laufen, beschert den Betreibern pro Anlage je nach Typ 200 bis 400 Millionen Euro. Derzeit laufen in Deutschland noch 17 Reaktorblöcke an 14 Standorten. Es geht also um einen Reingewinn zwischen drei und sechs Milliarden Euro jährlich. Wer fragt da schon nach der ungeklärten Endlagerung und den Sicherheitsproblemen?

Bei der ganzen Diskussion fragt man

sich schon: Ist denn schon alles vergessen? Harrisburg, Tschernobyl, Leukämie in den Elbmarschen, Wassereinbrüche im Gorlebener Salzstock, Transformatorbrand in Krümmel, Kurzschluß in Brunsbüttel?

Zwei Jahre ist es gerade her, daß es im Vattenfall-Atomkraftwerk Forsmark in Schweden beinahe zu einer Kernschmelze kam. In den Wochen darauf versicherte der Konzern der deutschen Öffentlichkeit hoch und heilig,

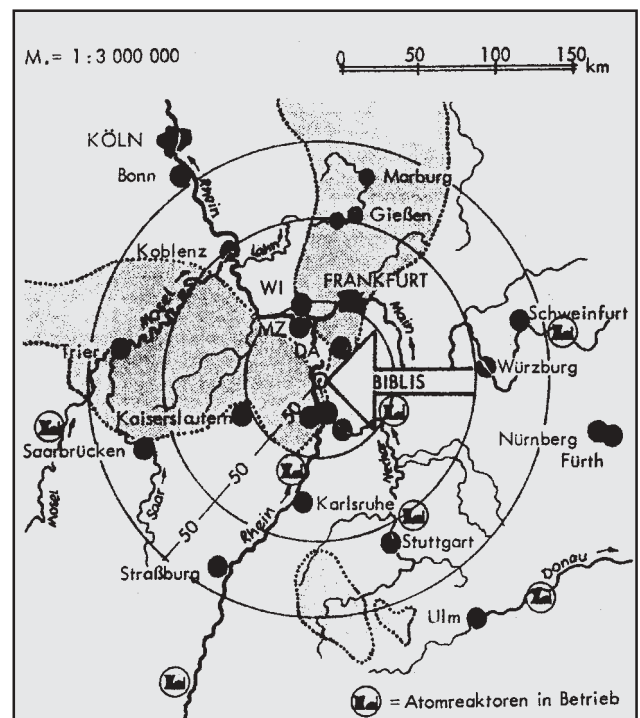
daß ein ähnlicher Unfall hierzulande unmöglich sei. Bis sich schließlich herausstellte, daß auch im deutschen Vattenfall-Meiler Brunsbüttel ähnliche Bauelemente verwendet werden, deren Versagen in Forsmark zu einem zeitweisen Ausfall der Notstromversorgung geführt hatte.

Es gibt einen enormen Propagandaaufwand, um uns die Atomkraft wieder schmackhaft zu machen.

Inhaltlich Neues hat man dabei nicht zu bieten. Es gibt aber viele neue Argumente für einen Ausstieg. Schon seit Ende der

1990er Jahre übersteigt weltweit der Verbrauch von Uran die Förderung. Da sich inzwischen die Lager leeren, ist auch für Uran der Preis in den letzten Jahren gestiegen. Die deutsche Energy Watch Group schätzt, daß die globalen Uranvorkommen bei heutigem Verbrauch gerade noch für 60 Jahre reichen. Für Uran gilt das gleiche wie für Kohle und Erdöl: Je länger man die Abhängigkeit der globalen Wirtschaft von diesen Energieträgern erhält, desto höher werden die Konzerne die Preise schrauben können.

Wenn es so weiter geht wie bisher, werden die KKW-Unterstützer aus Union und FDP längst fette Pensionen genießen. Wir aber haben den Atom-Müll und tragen die Kosten.



Nach den Erfahrungen von Tschernobyl gehört der innere Kreis bei einem größeren Atomunfall zu den hochbelasteten Gebieten deren Evakuierung unumgänglich ist.

Horrorszenario Preisexplosion

Die Prognose immer neuer Preissteigerungen bei Sprit, Gas und Gütern des täglichen Bedarfs bleiben wichtiges Thema.

Bei einem Rohölpreis von 200 Dollar erwartet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) je nach Dollarkurs einen Benzinpreis von knapp unter oder knapp über zwei Euro je Liter. „Bei dem jetzigen Wechselkurs wären es 1,95 Euro pro Liter Super“, sagte eine DIW-Energieexper-

tin. Sie wies zugleich auf eine weitere mögliche Preisrunde beim Gas hin. „Beim aktuellen Preisniveau würde Gas bis zum Herbst noch mal bis zu 20 Prozent teurer.“

Der Chef der Deutschen Energieagentur (DNA), Stephan Kohler, sagte gar, „250 Dollar für das Fass sind möglich“. Die Fakten versteht jeder: Die Ölkonzerne nutzen die Situation aus und verdienen sich dumm und dämlich. Die Preiserhöhungen werden den „kleinen Leute“ aufgebürdet. Alle schimpfen, aber die meisten sagen auch: „da kann man doch nichts machen“!

Durch einen OECD-Bericht wird bestätigt, dass die Biosprit-Strategie in Europa und den USA nur den Großkonzernen nutzt.

Allmählich müsste es auch der letzte Politiker kapiert haben, der sich mit dem Thema Agrarsprit gern ein grünes Mäntelchen umhängt: Die Produktion von Benzin und Diesel aus Mais, Weizen, Raps oder Palmöl und deren Förderung mit Milliarden, sei es durch Subventionen oder Steuer-Verzicht, ist Unfug.

Pflanzensprit ist ein gefährlicher Preistreiber für Lebensmittel, und er hat praktisch keinen Effekt für den Klimaschutz. Daran dürfte auch die zweite Agrosprit-Generation, die den Rohstoff besser ausnutzt, nur wenig ändern. Sollte nämlich der Agrartreibstoffanbau beliebig auf Ländereien ausgedehnt werden, die bislang nicht landwirtschaftlich genutzt wurden, droht ein Verlust an Artenvielfalt, kann durch Abholzung oder Humusverlust mehr Treibhausgas freigesetzt werden, als durch die nachwachsenden Rohstoffe gebunden wird.

Die Studie der OECD ist eindeutig. Die Botschaft heißt: Nicht Gas geben mit Pflanzensprit, sondern sparen und die Biomasse dort einsetzen, wo sie optimale Wirkung entfalten kann. Also zum Beispiel in Blockheizkraftwerken.

BERTOLT BRECHT

Soll das heißen, dass wir uns bescheiden
Und „so ist es und so bleibt es“ sagen sollen?
Und, die Becher sehend, lieber Dürste leiden
Nach den leeren greifen sollen, nicht den vollen?

Soll das heißen, dass wir draußen bleiben
Ungeladen in der Kälte sitzen müssen
Weil da große Herrn geruhen, uns vorzuschreiben
Was da zukommt uns an Leiden und Genüssen?

Besser scheint's uns doch, aufzubegehren
Und auf keine kleinste Freude zu verzichten
Und die Leidenstifter kräftig abzuwehren
Und die Welt uns endlich häuslich einzurichten!

Agrarsprit ist Unfug

„Agrarsprit ist Unfug“ heißt es in der „Frankfurter Rundschau“. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verlangt ein Ende der Förderpolitik für Agrarsprit. Sie mache Lebensmittel unerschwinglich und sei allenfalls in Entwicklungsländern eine Option, um für mehr Einkommen der ländlichen Bevölkerung beizutragen, hebt die OECD hervor.

Statt viele Steuer-Milliarden weiter in den Ausbau der Agrar-Kraftstoffproduktion zu stecken, sollte in das Energiesparen und in die Entwicklung verbrauchssparender Techniken investiert werden, schreiben die Fach-

leute in ihrem 119 Seiten langen Bericht, der in Paris veröffentlicht wurde. Nach Darstellung der OECD wird die Erzeugung von Agrosprit derzeit in den USA, Kanada und der EU jährlich mit knapp sieben Milliarden Euro subventioniert. Diese Summe werde sich bis zum Jahr 2015 auf 15 Milliarden Euro mehr als verdoppeln - und der Ausstoß der Treibhausgase um gerade mal 0,8 Prozent reduziert. Der Verbrauch an fossilen Brennstoffen im Verkehr würde ebenfalls um weniger als ein Prozent sinken und nur bei Diesel mit zwei bis drei Prozent eine nennenswerte Größe erreichen. Jede Tonne eingespartes CO₂ würde damit Kosten von bis zu 1066 Euro verursachen.



1000 Mann auf Jungs Befehl

Die Bundesregierung will das deutsche Kontingent für den NATO-geführten ISAF-Einsatz in Afghanistan um 1000 auf 4500 Soldaten erhöhen. Die parlamentarische Zustimmung im Herbst scheint sicher, da Union und SPD die Ankündigung der Regierung schon begrüßten. Die Aufstockung des ISAF-Einsatzes auf 4500 Soldaten solle der Bundeswehr mehr Flexibilität ermöglichen, hieß es.

Nicht nur Obama, auch die NATO übt seit Monaten Druck aus, mehr Soldaten für die derzeit 52.000 Mann starke ISAF zu schicken. Laut NATO fehlen noch 6000 Kräfte. Deutschland ist der drittgrößte Truppensteller der NATO

in Afghanistan. Union und SPD begrüßten die Ankündigung. So sagte der Vizechef der Parlamentarischen SPD-„Linken“, Niels Annen, die Aufstockung sei „in Ordnung“. Durch die Erhöhung der Obergrenze werde der Charakter des Einsatzes nicht verändert. Auch die Grünen bezeichneten die Aufstockung als „militärisch nachvollziehbar“.

Die LINKE erteilte den Plänen eine klare Absage. Parteichef Oskar Lafontaine erklärte: „Wider alle Vernunft und gegen den Rat von Experten setzt die Bundesregierung in Afghanistan auf weitere militärische Eskalation.“ Das Land brauche nicht mehr Soldaten, mehr Waffen, mehr Krieg, sondern Vermittler, zivile Wiederaufbauhelfer und funktionierende staatliche Institutionen.



Das keltische Dorf trotz dem Imperium

In einer Volksabstimmung haben 53,4 Prozent der Iren den neuen EU-Vertrag abgelehnt.

Wir befinden uns im Jahre XVIII der Neuen Weltordnung. Ganz Europa ist vom Imperium besetzt.

Ganz Europa? Nein! Ein von unbeugsamen Kelten bevölkertes Inselchen hört nicht auf, den Imperialisten Widerstand zu leisten. Sie spotten den Befehlen der Legionäre: Sie trinken Guinness und rauchen. Sie nehmen das Geld aus den Brüsseler Säcken und behalten trotzdem ihre eigenen Köpfe. Sie wollen nicht für fremde Herren in deren Kriege ziehen und wissen, wo sie ihre Knarren vergraben haben.

Sie verlangen, dass die Kirche in ihrem Dorf bleibt – und keine Kreuzzüge auf anderen Kontinenten führt. Sie machen frauenfeindliche Witze gegen Angela Merkel. Mann, was sind die rückständig! Mann, was sind die sympathisch!

Geld für Rüstung fehlt gegen Armut

Die offizielle Armutsquote in Deutschland liegt bei 13 Prozent. Jeder Achte lebt also an der Armutsgrenze.

Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter. Ein extremes Risiko, arm zu sein und zu bleiben, tragen Zuwanderer, Arbeitslose und Alleinerziehende sowie deren Kinder. Bei Langzeitarbeitslosen liegt die Armutsquote bei 43 Prozent, bei Alleinerziehenden bei 48 Prozent. Jede zweite Familie mit nur einem Elternteil ist arm. Unter den Migranten ist das Armutsrisiko geringer als in den beiden anderen Risikogruppen, aber mit 28,2

Prozent immer noch mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Als arm gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens vergleichbarer Haushalte zur Verfügung hat. Die Schwelle liegt für einen Alleinstehenden bei 781 Euro monatlich.

Der Armutsbericht ist allerdings „blind gegenüber dem Problem der verdeckten Armut“. Man verliere kein Wort über jene, die aufgrund des stigmatisierenden und repressiven Charakters von Hartz IV keine Leistungen in Anspruch nehmen, obwohl sie bedürftig sind und Anspruch darauf hätten, kritisiert die sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Katja Kipping.

Atombomben-Alarm zu Friedenszeiten

Nicht erst seit den Anschlägen vom 11. September 2001 gelten die US-Atomwaffendepots als ein gefährdetes Angriffsziel für Terroristen. Deshalb sie angeblich unter besonderem Schutz stehen. Doch das scheint nun wirklich nicht zu stimmen.

Die Atomwaffendepots der USA in Europa entsprechen einer internen Studie der US-Air-Force nicht einmal

minimalen Sicherheitsstandards. Das berichtet die weltweit angesehene Organisation Federation of American Scientists (FAS). Sie stützt sich dabei



auf interne Analysen der Militärs. Außerhalb der USA verfügen Washingtons Streitkräfte über Atomwaffenlager in Deutschland, Belgien, Großbritannien, Italien, den Niederlanden und der Türkei.

Notwendig ist die endgültige Entsorgung der Nuklearwaffen. Abziehen und Abrüsten ist die Devise. Die Kampagne „Unsere Zukunft – atomwaffenfrei“ mobilisiert für eine Kundgebung am 30. 8. 2008 vor dem Atomwaffenlager Büchel in der Eifel.

Unser Gesundheitssystem ist krank und macht krank

Nicht nur immer mehr Vollzeitbeschäftigte, die mit ihrem Lohn kaum noch über die Runden kommen, ganz besonders die vielen Teilzeitkräfte, 1-Euro-Jobber, Hartz-IV-Empfänger und viele Rentnerinnen und Rentner, leiden unter den zusätzlichen Kosten, die ihnen unser Gesundheitssystem aufbürdet.

Schon von der SPD/Grünen- und nun von der SPD/CDU- Bundesregierung veranlasst, steigen laufend die Kosten, die der Patient selbst zu tragen hat. Das fängt an mit der Praxisgebühr, geht über die sog. IGeL-Leistungen (Individuellen Gesundheitsleistungen) und hört bei den Medikamentenzahlungen noch nicht auf. Immer öfter meint der Arzt, dies oder jenes müsste mal untersucht werden, aber die Krankenkasse bezahle das leider nicht mehr. Dabei handelt es sich schon um wichtige Untersuchungen, die vor ein paar Jahren noch ohne weiteres von der Kasse übernommen wurden. Es können bei vielen der jetzt selbst zu bezahlenden Untersuchungen beginnende Krankheiten entdeckt und somit frühzeitig behandelt werden. Wenn eine Untersuchung nicht stattfindet, weil der Patient sie nicht bezahlen kann, besteht die Gefahr des Ausbruchs einer schlimmen Krankheit, deren Behandlung für die Krankenkasse um ein vielfaches teurer wird als die vorher nicht bezahlte Untersuchung. Dabei ist richtig, dass nicht alle IGeL-Leistungen sinnvoll und notwendig sind.

Hier einige von vielen Untersuchungen die der Patient selbst bezahlen muss:

Die Knochendichtemessung (Feststellung von Osteoporose)

ca. 50-60,- Euro

Die Feststellung des PSA-Wertes im Blut (evtl. Hinweis auf Prostatakrebs)

ca. 30,- Euro

Messung des Augeninnendrucks (evtl. Hinweis auf grünen Star)

ca. 16,- Euro

Ultraschalluntersuchung der Halsschlagader (bei Verengung Schlaganfallrisiko)

ca. 40,- Euro

Hinzu kommt noch, dass man überlegt, welche Operationen bei Ärmern in Zukunft überhaupt noch gestattet werden sollen.

Über die Zahnärztliche Behandlung hier kann es richtig teuer werden - ist hier noch gar nichts geschrieben.

Diese Beispiele könnten fortgesetzt werden. Sie zeigen deutlich unsere Zweiklassenmedizin.

Die einen können sich's leisten und die anderen . . .

„Weil du arm bist, musst du früher sterben“, der alte Spruch hat seine Bedeutung nicht verloren.

AOK und Verbraucherzentrale stellen bereits 2005 in einer Studie u. a. fest: „*Dabei wird dieses Angebot deutlich eher einkommensstarken und gebildeten Patienten offeriert. Die gesetzlich versicherten Patienten zeigen sich angesichts der Vermarktung privater Zusatzleistungen in der Arztpraxis häufig verunsichert und sehen vielfach eine Belastung des Arzt-Patienten-Verhältnisses.*“

Hierzu passt ein Beitrag in einer Broschüre der MEDWell - Gesundheits-AG aus Köln. Dort heißt es: „*Durch die Einschränkungen der Budgetierung kann in der Kassenmedizin häufig nur noch ein suboptimaler Behandlungsstil angeboten werden, der hinter den medizinischen Möglichkeiten zurückbleibt.*“

Die MEDWell AG stellt dem Arzt Informationsmaterial sowie Organisationshilfe für die Patienten über die wichtigsten Entwicklungen in der Privat- und Komfortmedizin zur Verfügung. Damit soll der Arzt seine Patienten aktiv ansprechen - sprich bewerben - für Leistungen, die Cash zu bezahlen sind. Das ganze steht unter dem Anspruch der „*vertrauenswürdigen Privatmedizin*“.

Was hören wir von den verantwortlichen Politikern?

„Schuld ist der demografische Wandel. Die Menschen werden immer älter. Das Gesundheitswesen wird immer teurer“. Das stimmt ja alles, aber Geld für die Gesundheit ist vorhanden – nur an der falschen Stelle.

Heinz Hechler

Seit Kohl wird getrickst

... meldet die Süddeutsche Zeitung über die "geschönten Arbeitslosenzahlen". Das hindert Frau Dr. rer. nat. Angela Merkel nicht, im Interview mit der Wirtschaftswoche "auf die großen Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" zu verweisen: "In den vergangenen drei Jahren sank die Arbeitslosigkeit von fünf Millionen auf 3,16 Millionen Menschen. Das ist gut", meint sie, sei aber kein Grund, Entspannungssignale auszusenden. Denn die paritätisch finanzierten Sozialversicherungsbeitragsätze wolle sie "unter 40 Prozent halten" und weiter "auf Reformkurs bleiben". "Ich arbeite fest daran, dass wir die Zahl der Erwerbslosen weiter senken." Was positiv klingt, ist in Wirklichkeit eine Drohung. Sie kündigt weitere "statistische Gehirnwäsche" und Druck auf Erwerbslose und prekär Beschäftigte an. Denn Merkel will die Zahl der erwerbslos gemeldeten Menschen lediglich statistisch nach unten drücken. So kann sie den Auftrag der Arbeitgeberverbände, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von derzeit 3,3 Prozent auf unter 3 Prozent zu senken, umsetzen, ohne großen Widerstand befürchten zu müssen.

Konservative Zeitungen wie die Süddeutsche oder FAZ. Net schreiben Klartext. "3,2 Millionen Arbeitslose gelten nicht als arbeitslos", Focus Online fragt "Arbeitslosenzahlen - Alles nur Augenwischerei?" Sie machen ihren Lesern klar, dass die monatlich verkündeten "Jubelmeldungen" mit der Wirklichkeit der erwerbslosen oder prekär beschäftigten Menschen nichts zu tun haben.

Dass die Zahl der Erwerbslosen nicht von 5 auf 3 Millionen gesunken sein kann, leuchtet jedem ein, der die Horrormeldungen der vergangenen drei Jahre zum Arbeitsplatzabbau nicht vergessen hat: Deutsche Bank baut 6400 Stellen ab, geplante Streichung von 16 000 Arbeitsplätzen bei DaimlerChrysler, Telekom will mehr als 32000 Stellen streichen, BenQ, die verkaufte Siemens-Handysparte, entließ 3000 Beschäftigte usw. usw.



Vor 100 Jahren wurde Salvador Allende geboren

In Mörfelden-Walldorf gibt es einen Salvador-Allende-Platz. Vor über 30 Jahren wurde im Stadtparlament diese Namensgebung auf Antrag der DKP beschlossen. In jedem Jahr gibt es hier am 11. September, dem Tag des Todes von Allende eine kleine Gedenkfeier (Foto).

„Aus Anlass des 100. Geburtstags von Salvador Allende am 26. Juli 2008 wird am Allendeplatz in Mörfelden ein Zusatzschild mit den Lebensdaten und einer Würdigung des am 11. September 1973 von putschenden Militärs ermordeten Sozialisten und Staatspräsidenten Chiles angebracht.“ Diesen Antrag der DKP/LL-Fraktion beschloss das Stadtparlament in der April-Sitzung gegen die Stimmen von CDU und FDP. Wann er umgesetzt wird, konnte das Hauptamt in dieser Woche nicht sagen.

Viele Menschen können mit dem Namen Salvador Allende nicht viel anfangen. Das Leben und Wirken dieses Mannes hat jedoch nach wie vor eine große Bedeutung für eine Welt, in der es gerechter zugehen soll.

Salvador Allende, geboren 1908 in Valparaíso, ist in einer bürgerlichen Familie aufgewachsen, deren Mitglieder auf ihr gesellschaftliches Engagement stolz waren. Er nahm die Menschen für sich ein, war ein überzeugender Redner, ein engagierter jun-

ger Arzt – das alles brachte ihm seinen ersten Wahlsieg. Er zog ins Parlament ein, in das er immer wieder gewählt wurde. 1939 wurde er Gesundheitsminister in einer Volksfrontregierung. Auf seine Initiative hin wurde der Nationale Gesundheitsdienst geschaffen und der Schwangerschaftsurlaub für Arbeiterinnen eingeführt. Als er nach drei Jahren aus der Regierung ausschied, war er einer der profiliertesten Politiker Chiles. Es war nur eine Frage der Zeit, dass die Linken ihn zu ihrem Präsidentschaftskandidaten beriefen. Dies geschah erstmals 1952. Und seine Wahlkampagne begann mit einem Paukenschlag: einem Gesetzentwurf über die Nationalisierung des Kupfers, dem Nationalreichtum Chiles, das sich jedoch mehrheitlich im Besitz nordamerikanischer Konzerne befand.

Die ersten Anläufe zur Präsidentschaft scheiterten. Erst beim vierten Versuch, 1970, gelang Allende der Sieg. Das Wahlprogramm wurde umgesetzt. Kinder bis zu 15 Jahren erhielten unentgeltlich einen halben Liter Milch pro Tag, die Löhne der Arbeiter und Angestellten wurden entsprechend der Inflationsrate erhöht, die Mindestlöhne verdoppelt. Preise für Strom und Haushaltsgas sowie die Transporttarife wurden eingefroren. Der Bau von 100.000 Woh-

nungen wurde in Angriff genommen und unentgeltliche Behandlung in Krankenhäusern und Polikliniken angeboten. 1971 wurden die wichtigsten Zweige der Volkswirtschaft verstaatlicht und in Volkseigentum überführt: der Kupferbergbau, die metallurgische, die Kohle-, die Eisenerz-, die Salpeter-, Erdöl- und die Zementindustrie sowie die Energiewirtschaft und das Fernsprechnet. Mit den Verstaatlichungen war für die Sozialprogramme eine solide Grundlage gegeben.

Unter der Führung des Sozialisten Allende machte sich die Regierung der Unidad Popular an die Verstaatlichung der Rohstoffvorkommen des Landes, was den Zorn der dort tätigen Monopolkonzerne hervorrief. ITT, Kennecott und der Chase Manhattan Bank, auch deutsche Konzerne wie Bayer und Hoechst und die Dresdner Bank sind in dem Land mit den weltweit größten Kupfervorkommen tätig; ihre Interessenvertreter in Geheimdiensten und Regierungen drängten auf ein Eingreifen westlicher Geheimdienste und „loyaler“ chilenischer Militärs.

Allende und die Unidad Popular verstanden die Präsidentschaft nicht als Selbstzweck und Endziel, sondern als ein Mittel, um die ökonomischen Grundlagen zu beseitigen, auf denen die Klassengesellschaft errichtet ist. Jetzt hatte die chilenische Linke die Möglichkeit ein Experiment zu starten, das in der Geschichte ohne Beispiel war: Auf der Grundlage einer gewonnenen Präsidentschaftswahl und im Rahmen der Verfassung eines bürgerlich-demokratischen Staates den Übergang zum Sozialismus zu vollziehen.

Die Armen Chiles erkannten: Allende war ihr Präsident. Einer, der zu seinem Wort steht. So einen Präsidenten hatte es in der chilenischen Geschichte noch nicht gegeben.

Am 11. September 1973 putscht das Militär mit Unterstützung des CIA gegen die demokratisch gewählte Volksfrontregierung in Chile. Tausende Sozialisten, Kommunisten, Linke wurden massakriert oder in die Emigration getrieben.

AUS DEM KREISTAG

In der „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Armut“ sagte Gerd Schulmeyer für Die Linke. Offene Liste im Kreistag Groß-Gerau: „Die Linke. Offene Liste hat die Frage „Gibt es Armut im Kreis Groß-Gerau?“ für die heutige Aktuelle Stunde angemeldet, weil wir gespannt sind, wie die anderen Fraktionen im Kreistag diese Frage beantworten. Im Haupt- und Finanzausschuss gab es Unverständnis, weil die Antwort mit einem einfachen „Ja“ erschöpfend gegeben wäre.

Ob sich die Fraktionen, aus denen dieses Geraune kam, heute hier zu einem klaren „Ja“ bekennen, und es dabei belassen, ob sie ein Wort zu den Ursachen der Armut verlieren, oder ob sie in die bekannte „Ja, aber“-Richtung schwenken, das wollen wir gerne hören. Vor vier Wochen wurden Zahlen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht bekannt. Die Kluft zwischen arm und reich wird tiefer, hieß es. Minister Scholz (SPD) beklagt das weitere Auseinanderdriften der Einkommen, als hätte nicht gerade die SPD mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik seit 1998 - erst mit den Grünen, jetzt mit der CDU/CSU - die Grundlagen dafür geschaffen. Jeder Vierte hierzulande ist von Armut betroffen oder muss mit staatlicher Hilfe vor Armut bewahrt werden. Als eine Ursache werden zu niedrige Löhne genannt. Das Ergebnis des Armutsberichts der Bundesregierung kommt also nicht von ungefähr.

Jahrelanger Sozialabbau bei Entlastung der Wirtschaft hat seine Wirkung getan - auch in unserem Kreis, wo die SPD-Vorsitzende Hartz-IV immer wieder als „Jahrhundertreform“ gefeiert hat und nichts davon hören wollte, dass Hartz IV „Armut per Gesetz“ bedeutet.

Deswegen will man auch bis heute keinen „Armutsbericht“ für den Kreis - man fürchtet offensichtlich allein das Wort „Armut“ wie der Teufel das Weihwasser. Man flüchtet sich in ein „Sozialmonitoring“ um den Eindruck zu erwecken, die soziale Frage wäre im Kreis Groß-Gerau gelöst. Sie ist es nicht. 8.400 „Bedarfsgemeinschaften“ verzeichnet die ARGE im März 2008.

Für 10.587 „Bedarfsgemeinschaften“ (8% der Haushalte) im Kreis wurden 2007 die Kosten der Unterkunft und Heizung geleistet. 2807 Menschen bekommen ergänzende Sozialhilfe. Sie sind arm trotz Arbeit, weil es immer mehr Jobs für Hungerlöhne gibt.

Neu-Rentner - sie machen den Großteil derjenigen aus, die aus der Arbeitslosenstatistik fallen - haben immer geringere Rentenansprüche. „22.500 Bürger im Kreis sind laut Statistik von Armut bedroht“ titelt die FNP am 3. Juni. Das sind Berufstätige, die befürchten müssen, dass sie ihren Lebensstandard auf die Dauer nicht halten können. Allein die galoppierenden Energiekosten - an denen

sich einige Großkonzerne bereichern - treiben vielen Menschen den kalten Schweiß auf die Stirn.

Es wäre ein großer Schritt, wenn alle Fraktionen im Kreistag endlich offen sagen würden, ja, es gibt Armut im Kreis Groß-Gerau, anstatt weiterhin auf „Verschleierung“ zu setzen.

Dem Kreis, der sich gern gelegentlich mit Georg Büchner schmückt, täte auch heute etwas mehr Sozialkritik gut.“

Sprecherinnen von SPD und Grünen sagten nicht einfach „Ja, es gibt Armut im Kreis Groß-Gerau.“ Sie sprachen vom Populismus der Linken, dass das Thema für eine aktuelle Stunde ungeeignet sei - und überhaupt habe man die Armut im Griff. CDU, FWG und FDP hatten zum Thema nichts beizutragen.

KOMMUNALES

„Segregationstendenzen“

„Immobilienexperten“ befürchten für den Wohnungsmarkt unserer Region Segregationstendenzen. Unter diesem Begriff verstehen sie eine soziologische Absonderung der Bevölkerung. Das kann im Bereich Rasse, Sprache, Religion aber auch in Arm und Reich sein. Damit geht einher ein Abgleiten bestimmter Stadtteile. Und das birgt Gefahren. Das Problem erkennen und gegensteuern, um eine Ghettoisierung zu verhindern, ist dringend notwendig. Wenn eine Stigmatisierung von Straßenzügen oder Stadtteilen erst eingetreten ist, ist es oft zu spät. In der Vergangenheit wurden - auch in unserer Stadt - Sozialwohnungen oft in einem Straßenzug etabliert. Durch Absinken der Löhne, Einzug von Nichtdeutschen (meist erfüllen sie durch ihre Einkommenssituation und Familiengröße eher die Voraussetzungen für Sozialwohnungen) entstehen Wohngebiete, die anderen dann unattraktiv erscheinen. Beschwerden über Lärm, Verschmutzung, Zerstörung werden häufiger. Wer es sich leisten kann, zieht weg. Vor einigen Monaten propagierte die Nassauische Heimstätte

(NH), die auch in unserer Stadt einen großen Wohnungsbestand hat, Wohnblocks an Menschen aus dem gleichen Kulturkreis zu vermieten. Dadurch sollten Streitigkeiten vermieden werden. Ihr Geschäftsführer betonte, dass er „in der Durchmischung in den Häusern keine Zukunft mehr sehe“. Sein Unternehmen setze auf „Themenhäuser“, „Milieuhäuser“ und „ethnische Nachbarschaften“. Sydney und New York haben „Chinatowns“, soll es in Mörfelden-Walldorf ein „Türkenviertel“, wenn es nach der NH geht? Die Hessische Landesregierung lehnte dies immerhin ab. Dies sei „eine Kapitulation vor zweifellos vorhandenen Problemen“ und „ein völlig falscher Weg“. Doch wenn die Politik und die Wohnungsbaugesellschaften nicht geeignete Schritte einleiten, wird der Prozess der schleichenenden „Separierung“ weiter fortschreiten, und damit das Problem größer. Integration ist damit nicht zu erreichen. Die Anstrengungen in Sachen Sprachförderung, der Einbindung ausländischer Menschen in das Vereins- und gesellschaftliche Leben ist zu verstärken. R. D.

Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

Ausführende Organe

Ob Leipzig oder Kassel, die Richter funktionieren. Das Bundesverwaltungsgericht hat eine weitere Klage gegen die Ausweitung der Nachtflüge am Flughafen Leipzig/Halle abgeschmettert. Die Nachtruhe darf nun dort erheblich gestört werden. Damit haben die Leipziger Richter erneut wirtschaftliche - und in diesem Fall auch militärische - Interessen ohne Wenn und Aber über den Schutz der Bürger vor gesundheitsgefährdendem Lärm gestellt.

Das Verwaltungsgericht Hessen in Kassel beabsichtigt von den 260 Klagen gegen den Flughafenausbau in Frankfurt nur einige als Musterklagen zulassen. Es ist offensichtlich, man will eine Beschleunigung zu Gunsten der Fraport erreichen. Wer nicht Musterkläger ist, wird "ruhig gestellt".

Wenn der zuständige Richter Zysk die Musterkläger abserviert hat, dann wird er die anderen nicht mehr drannehmen.

Richter setzen meist die Vorgaben der Politik um. Der ehemalige Präsident des Verfassungsgerichts von Brandenburg, Peter Macke meinte

Ende Juni im „Spiegel“: die Justiz sei die Beute der Regierenden. Der Spiegel berichtet weiter, dass Länder wie Bayern (CSU) oder Hessen (CDU) in den letzten 8 Jahren, ihre Mehrheit dazu nutzten, die Gerichte ungestört mit Ihnen angepassten Richtern zu besetzen.

Der Kasseler Richter Zysk hat bis jetzt alle Klagen gegen den Ausbau abgelehnt. Vor einigen Jahren lehnte er die Klage der Ticona wegen den direkten Überflügen nach dem Start mit der absurden Begründung ab: „Flugrouten sind keine Verkehrswege“.

Frei nach Karl Marx könnte man formulieren: Das herrschende Recht ist das Recht der Herrschenden!“ rh

*Was ihr den Geist der
Zeiten heißt,
das ist im
Grund der Herren
eigner Geist,
in dem die Zeiten
sich bespiegeln.*

Johann Wolfgang von Goethe



Ein Besuch im Kelsterbacher Wald lohnt sich. Junge Leute haben das von der Abholzung bedrohte Gebiet besetzt, pflanzen Gemüse, leisten Widerstand.

KOMMUNALES

Bahn AG anrufen

Vor einem Jahr hat die Bahn AG einen gründlichen Rückschnitt der Brombeerhecken am Grenzzaun der Bahnanlage entlang der Reviolstraße vorgenommen. Auf Antrag der DKP/LL-Fraktion hatte der Magistrat darauf gedrängt. Im „blickpunkt“ schrieben wir damals unter „Geht doch“: „Hoffentlich hat man im Rathaus die Telefonnummer der zuständigen Abteilung auf Wiedervorlage, damit man gleich einen Ansprechpartner hat, wenn die stacheligen Triebe wieder über die Straße wuchern.“ Jetzt ist es wieder so weit.

Protest gegen Flughafenausbau

Auf Nachfrage in der Verwaltung war zu hören, dass im August das neue Protest-Transparent gegen den Flughafenausbau am Mörfelder Wasserturm befestigt werden soll. Wir sind sehr gespannt.

Supermarkt in Walldorf Süd - Keine Information der Anwohner geplant

In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses teilte Bürgermeister Becker auf Anfrage mit, dass die erforderlichen Grundstückskäufe für

den Supermarkt am Vitrollesring inzwischen erfolgt seien. Eine Veranstaltung zur Information der Anwohner sei nach wie vor nicht vorgesehen. Das sei Teil des späteren Bebauungsplanverfahrens. Bürgernähe sieht anders aus.

**Herzlichen Dank allen,
die dem »blickpunkt« helfen.
Jeder Euro hilft, die Zeitung
zu erhalten!**

**Das „blickpunkt“-Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419,
BLZ 50852553**

Stadtgeschichten



Alte Fotos der Naturfreunde belegen - sie waren schon früh ihrer Zeit voraus. Gegründet 1920 organisierte die Mörfelder Ortsgruppe bereits kurz nach dem ersten Weltkrieg große Wanderungen mit bis zu 50 Personen. Sie führte schon sehr früh junge Menschen in die nähere und weitere Umgebung, pflegte Gesang und Musik, was das Elternhaus den Arbeiterkindern zu der Zeit nicht bieten konnte. Sie brachte ihren Mitgliedern die Natur näher und lehrte, sie zu schätzen und zu schützen. Es wurde schon sehr früh fotografiert und der „sanfte Tourismus“ war Programm. Sie waren aber auch Teil der deutschen Arbeiterbewegung und wurden deshalb von den Nazis 1933 verboten, ihre Häuser beschlagnahmt und ihre Funktionäre verfolgt. Nach dem furchtbaren Krieg führten die Naturfreunde ihre lobenswerte Arbeit 1945 fort.



Unser Foto zeigt einen Teil der Mörfelder Jugendgruppe im Jahre 1950 anlässlich einer anspruchsvollen Rad- und Wandertour in den Schwarzwald. Sie fuhren damals, alle zwischen 15 und 20 Jahre alt, mit dem Fahrrad von Mörfelden nach Pforzheim, schickten die Räder mit der Bahn zum Titisee, wanderten zu Fuß, die Zelte auf dem Rücken, von dort durch den Schwarzwald auf die Breitnau und fuhren mit den Rädern wieder zurück nach Mörfelden. Das Bild entstand vor dem Naturfreundehaus „Küferhäusle“ in der Nähe der Triberger-Wasserfälle und zeigt einige Mitfahrer.

Es sind von links: Margret Schabel geb. Schulmeyer, Walter Cezanne, die Hausverwalterin, Ilse Capelle geb. Bernhard, Ernst Hechler, Lorenz Pons. Am Foto und deshalb nicht zu sehen: Friedel Schmitt.

Veranstaltungen im Kulturnahnhof Mörfelden



KuBa

9. August
Filmabend: Das Leben des Brian
Beginn: 20 Uhr - Eintritt: 2 Euro

21. August
Rettet das Vinyl
Schallplattenabend - Beginn: 20 Uhr

5 Jahre KuBa
12. – 14. September

Freitag, 12. September
"Granaten des Deutschen Geistes"
mit Jürgen Roth
Beginn: 20 Uhr - Eintritt: 5,- Euro, ermäßigt 3,- Euro

Samstag, 13. September
**Party: 5 Jahre KuBa mit DJ Al-X und
DJ Sankathi**
Beginn: 21 Uhr - Eintritt 3 Euro

Sonntag, 14. September
Kaffee, Kuchen und Sekt
Beginn: 16 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Der ferscht sich net,
der geht mim Schtecke
bei e dood Hinkel.